NEWSLETTER

06

2023

JULI

Nezahat Baradari

Mitglied des Deutschen Bundestages
Kreis Olpe/Märkischer Kreis I

SPD

KONTAKT

Bundestagsbüro Berlin
Nezahat Baradari, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
nezahat.baradari@bundestag.de
030/22 77 12 60

Wahlkreisbüros

Willy-Brandt-Haus
Breitenfeld 1B
58507 Lüdenscheid
nezahat.baradari.wk02@bundestag.de
02722/6576884

Niederste Straße 15
57439 Attendorn
nezahat.baradari.wk@bundestag.de
02722/6576884

www.nezahat-baradari.de/

https://www.facebook.com/Baradari2023/

https://www.instagram.com/nezahatbaradari/

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde der SPD!

Im Sommerurlaub kann man oft noch einmal reflektieren über Dinge, die in den letzten Monaten passiert sind. Auch ich tue das gerade, vor allem politisch. Zwei Dinge beschäftigen mich besonders, auch wenn Sie nicht direkt etwas mit „meinen" Themen im Deutschen Bundestag zu tun haben.

Da ist einmal die Frage, wie wir die Suizidbeihilfe in Deutschland in Zukunft regeln wollen. Drei Gesetzesentwürfe gab es ursprünglich als Reaktion auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das dem Bundestag den Auftrag gab, die Suizidbeihilfe in Deutschland neu zu regeln. Diese wurden überparteilich erarbeitet. Zwei davon fusionierten zuletzt, über die wir am 06. Juli im hohen Haus abgestimmt haben. Leider wurden beide Entwürfe abgelehnt, wir fallen zurück auf den „Status Quo". Das ist unbefriedigend. Ich hoffe, dass es schon bald einen neuen Anlauf gibt und die beiden Gruppen sich auf einen gemeinsamen Entwurf einigen können. Zu den Hintergründen erfahrt ihr in diesem Newsletter noch etwas mehr.

Der andere große Aufreger kurz vor der Sommerpause war das Gebäudeenergiegesetz. Unzählige Bürgeranfragen haben mich erreicht, die ich gern beantwortet habe. Geärgert habe ich mich oft über die begleitende Berichterstattung in den Medien und über die Öffentlichkeitsarbeit der Opposition. Halbwissen und Populismus prägten die Debatte, Ziel war oft allein das Aufwiegeln der Bevölkerung. Ich will damit nicht sagen, dass der Entwurf frei von Fehlern war. Ich bin froh, dass wir im parlamentarischen Prozess noch viele notwendige Änderungen einarbeiten konnten. So funktioniert Demokratie! Dennoch war dieses Gesetz eben auch ein Beispiel dafür, wie uns parlamentarische Gepflogenheiten, die für eben dieses Funktionieren unerlässlich sind, zunehmend verloren gehen. Ich hoffe, dass sich dies nicht fortsetzt und alle demokratischen Parteien nach der Sommerpause eine Art „Neustart" hinlegen.

Aus aktuellem Anlass noch eine Mahnung zum Schluss: Die kürzliche Aussage von Friedrich Merz, dass er eine Kooperation mit der AfD kommunal nicht ausschließe, ist verheerend und inakzeptabel und demokratieschädlich. Als SPD verstehen wir uns seit über 160 als Bollwerk gegen Faschismus.

Ich wünsche euch viel Spaß beim Durchblättern des Newsletters und freue mich über eure Rückmeldungen sowie über euren Besuch auf meiner Webseite und Social-Media-Kanälen (Facebook, Instagram, Twitter).

Ich verabschiede mich jetzt für kurze Zeit in den Sommerurlaub und verbleibe mit sommerlichen Grüßen

Eure

Nezahat

PS: In unseren „Breitengraden“ und ganz besonders in unserem Wahlkreis ist gerade wieder Schützenfestsaison – wie auf dem Bild aus Attendorn. Ich wünsche euch allen schöne Feiern und viele wunderbare Momente bei dieser für unsere Region so wichtigen und ganz besonderen Tradition!

Schützenfest in Attendorn 2023; v. l.: Mit Walter Sinzig, Inga Isphording, Martin Bur am Orde,und Dr. Oksana Prajzel

IMPRESSUM V. i. S. d. P.: Nezahat Baradari, Mitglied des Deutschen Bundestages; Platz der Republik 1, 11011 Berlin. Tel. 030 – 227 71260,
E-Mail: nezahat.baradari@bundestag.de
Fotos, sofern nicht anders angegeben: Bundestagsbüro Nezahat Baradari MdB

Der Neue im Team

Max ist neuer Büroleiter im Team Baradari

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, bereits in den vergangenen Tagen und Wochen hatte ich die Gelegenheit, einige von euch persönlich oder telefonisch kennenzulernen. Gerne möchte ich aber auch auf diesem Wege die Chance nutzen und mich vorstellen.

Ich bin Max Bunse, 30 Jahre alt und bin seit dem 1. Juli diesen Jahres Teil des „Teams Baradari" in der Funktion des Büroleiters für die Büros in Attendorn, Berlin und Lüdenscheid. Daneben betreue ich in Berlin als Referent noch die Arbeit im Ausschuss für Angelegenheiten der europäischen Union, in dem Nezahat seit Beginn ihrer Zeit ab Januar 2019 als Bundestagsabgeordnete Mitglied ist. Mit meiner Person wird auch die sonst übliche Trennung zwischen Berlin und Wahlkreis durchbrochen. So begleite ich Nezahat in den Sitzungswochen in der Hauptstadt und bin in den sitzungsfreien Wochen auch im Wahlkreis vor Ort. Das rührt daher, dass ich selbst aus dem Sauerland stamme und meine Eltern bis heute in Meschede wohnen.

Hier habe ich auch meine ersten politischen Erfahrungen machen dürfen und engagiere mich seit nunmehr zehn Jahren in der Mescheder SPD in unterschiedlichen Funktionen. Zuletzt als Vorsitzender des Stadtverbands. Auch beruflich durfte ich schon politisch tätig werden, so koordinierte ich von 2018 bis 2020 die südwestfälischen Bundestagsabgeordneten bei überregionalen Themen und Veranstaltungen.

Nun blicke ich gespannt auf die neue Herausforderung zwischen Berlin, dem südlichen Märkischen Kreis und dem Kreis Olpe. Insbesondere freue ich mich darauf, möglichst viele von euch demnächst persönlich kennenzulernen.

Mit besten Grüßen,
Max Bunse

Erreichbar unter:
nezahat.baradari.ma01@bundestag.de
Telefon: 030 227 71260
Mobil: 0160 5120496

Einigung Eckpunktepapier für eine Krankenhausreform

Aus dem Brief an die Fraktion von Prof. Dr. Karl Lauterbach

© Karl Lauterbach/Maximilian König

... nach einem langen und intensiven Abstimmungsprozess haben sich der Bund, 14 der 16 Bundesländer und die Regierungsfraktionen am 10. Juli 2023 auf umfassende Eckpunkte für eine Krankenhausreform geeinigt. Das ist eine wichtige Etappe hin zu einer modernen und bedarfsgerechten Krankenhausversorgung, wie sie im Koalitionsvertrag zum Ziel gesetzt wurde: weg vom Hamsterrad der Fallpauschalen durch eine weitgehend fallunabhängige Vergütung von Krankenhausleistungen und eine Verbesserung der medizinischen Versorgung. Entgegen aller anderslautenden Äußerungen hilft gerade diese Krankenhausreform den Ländern, die stationäre Versorgung auch in ländlichen und strukturschwachen Gebieten sicherzustellen und nachhaltig für eine auskömmliche Finanzierung der Krankenhäuser zu sorgen.

Der Einigung ist ein hartes Ringen mit den Ländern vorausgegangen, nicht zuletzt wegen der verfassungsmäßigen Kompetenzteilung bei der Krankenhausplanung, deren Vergütung und der Definition von Qualitätsparametern zwischen Bund und Ländern. Das Ergebnis ist eine sehr gute Basis für den Referentenentwurf, der nun über die parlamentarische Sommerpause von meinem Haus unter Beteiligung der Länder erarbeitet wird, damit das Gesetz zum 1. Januar 2024 Inkrafttreten kann.

Der Verhandlungsprozess mit den Ländern war auch deshalb so erfolgreich, weil die Abstimmungen mit den Regierungsfraktionen sehr konstruktiv und ohne öffentliche Nebengeräusche abgelaufen sind und der Bund zu jeder Zeit mit einer Stimme gesprochen hat. Dafür möchte ich mich bei allen Beteiligten ausdrücklich bedanken.

Mit der Krankenhausreform werden drei zentrale Ziele verfolgt: die **Entökonomisierung**, die Sicherung und Steigerung der **Behandlungsqualität** sowie die **Entbürokratisierung** des Systems. Darüber hinaus ist die Gewährleistung der **Versorgungssicherheit** (Daseinsvorsorge) ein zentrales Anliegen. Diese Ziele sollen insbesondere durch folgende Maßnahmen erreicht werden:

- Transparenz über Leistungsangebot und Qualitätsaspekte in Krankenhäusern
- Einführung von Leistungsgruppen
- Genehmigung von Ausnahmen
- Einführung einer Vorhaltevergütung
- Level 1i-Krankenhäuser als sektorenübergreifende Versorger
- Entbürokratisierung des Systems
- Liquidität der Krankenhäuser

... die Einigung der Eckpunkte für eine Krankenhausreform ist ein wichtiger Schritt, den viele Seiten in den vergangenen Monaten nicht für möglich gehalten haben. Für das bevorstehende Gesetzgebungsverfahren und damit die größte Krankenhausreform der vergangenen zwei Jahrzehnte sind damit die Weichen gestellt.

Für eine solch umfassende Reform ist eine klare und nachvollziehbare Kommunikation unerlässlich – insbesondere, wenn deren Ziele von verschiedenen Seiten verzerrt dargestellt oder missbraucht werden. Aktuell werden daher entsprechende FAQ zur Veröffentlichung auf der Internetseite des BMG erarbeitet. Sollten Sie Bedarf nach weiteren Informationen haben, zögern Sie nicht vor der direkten Kontaktaufnahme. ...

Download des Eckpunktepapiers von der Internetseite des Gesundheitsministerium als PDF-Datei

Beide Gruppen-anträge zur Suizid-beihilfe abgelehnt

Das allgemeine Persönlichkeitsrecht umfasst als Ausdruck persönlicher Autonomie ein Recht auf selbstbestimmtes Sterben. Dieses Recht schließt die Freiheit ein, sich das Leben zu nehmen, hierfür bei Dritten Hilfe zu suchen und, soweit sie angeboten wird, in Anspruch zu nehmen."

So begründete das Bundesverfassungsgericht, warum das strafrechtliche Verbot der geschäftsmäßigen Sterbehilfe nicht verfassungskonform war. Aus dem Grundgesetz direkt leitete das höchste deutsche Gericht also ein Recht auf selbstbestimmtes Sterben ab. Das Verbot war 2015 nach langer Debatte eingeführt worden. Seitdem war nur die Sterbehilfe durch Angehörige oder nahestehende Personen straffrei, die Grenzen dafür jedoch durchaus schwammig.

In Reaktion auf die Aufhebung des Verbotes haben sich zu Beginn der aktuellen Legislaturperiode drei fraktionsübergreifende Gruppen von Abgeordneten gebildet, die Entwürfe zu einer Neuregelung erarbeitet haben. Die Anträge waren somit unabhängig von Parteien und Regierung.

Der Entwurf der Gruppe um den Genossen Prof. Dr. Lars Castellucci strebte eine Regelung im Strafgesetzbuch an, die geschäftsmäßige Hilfe zur Selbsttötung grundsätzlich unter Strafe stellt – und Ausnahmen normiert, unter denen Förderungshandlungen nicht rechtswidrig sind. Der zusammengelegte Entwurf der Gruppen, an denen sich von unserer Seite besonders Helge Lindh und Dr. Nina Scheer einbrachten, sah im Kern ein neues Suizidhilfegesetz vor. Darin sollte das Recht auf Hilfe zur Selbsttötung und auf Unterstützung von suizidwilligen Personen normiert werden. Die Länder sollten dafür Sorge tragen, staatlich anerkannte Beratungsstellen einzurichten.

Wesentliche Unterschiede der Entwürfe betrafen die Form und den zu involvierenden Personenkreis der

Beispielbild Abstimmung: © Deutscher-Bundestag/Achim Melde

notwendigen Untersuchungen beziehungsweise Beratung als Voraussetzung für die Verschreibung eines tödlich wirkenden Medikaments sowie Warte- und Höchstfristen für Untersuchungs- und Beratungstermine und die Verschreibung des Medikaments. Beide Entwürfe sahen unter bestimmten Voraussetzungen Härtefallregelungen vor.

Themen wie diese sind besonders schwer und verdienen eine intensive parlamentarische Diskussion. Auch deshalb war die Entscheidung darüber von Anfang an als Gewissensentscheidung angelegt. Ich habe lange darüber nachgedacht, für welchen Antrag ich bei der Abstimmung am 6. Juli stimmen soll. Voll meinen Vorstellungen entsprach keiner der beiden. Letztlich habe ich mich für den aus meiner Sicht besten „Kompromiss" entschieden. Meine Wahl fiel auf den Vorschlag der Gruppe von Lars Castellucci, da mir bei der Gruppe um Nina Scheer und Helge Lindh zu wenig Wert auf die Beratung vor einem selbstbestimmten Suizid und die Qualifikation der Beratenden gelegt wurde.

Gescheitert sind nun beide Anträge, beide konnten nicht die notwendige Mehrheit der Stimmen der Abgeordneten erreichen. Somit fallen wir zurück

auf den Status Quo bzw. auf den Stand vor 2015. Ich leite, genau wie viele meiner Kolleginnen und Kollegen, aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts immer noch einen klaren Auftrag an uns Abgeordnete ab, die Gesetzeslage in Deutschland so umzugestalten, dass die Möglichkeit besteht, auf eine für alle Beteiligten straffreie Art und Weise bei Dritten Suizidbeihilfe in Anspruch zu nehmen. Ich hoffe deshalb, dass wir noch in dieser Legislaturperiode einen neuen Anlauf nehmen und endlich die Suizidbeihilfe in Deutschland rechtssicher gestalten.

Gefreut hat mich, dass wir mit sehr breiter Mehrheit das Gesetz zur Suizidprävention beschlossen haben, denn gerade bei Jugendlichen war die Selbstmordrate bereits vor Corona sprunghaft angestiegen.

Auch in Lüdenscheid hatte ich bereits Ende vergangenen Jahres eine Veranstaltung über die Ausgestaltung gewerblicher Sterbehilfe (Foto rechts). Diese wurde von Lothar Hellwig, Mitglied der Lüdenscheider Ratsfraktion, angestoßen und organisiert. Leider konnte Lothar krankheitsbedingt an dem Abend nicht dabei sein, wurde aber vom Vorsitzenden des Ortsvereins Honsel/Worth, Dirk Franke, vertreten. Lothar Hellwig möchte ich auf diesem Wege nochmals besonders danken! Teilnehmer waren Ute Gall (Leiterin des Arche Care Hauses) und Dr. Christof Grote (Superintendent des evangelischen Kirchenkreises Lüdenscheid-Plettenberg).

HILFE BEI SUIZIDGEDANKEN GIBT ES HIER

TelefonSeelsorge

Wenn du daran denkst, dir das Leben zu nehmen, versuche mit anderen Menschen darüber zu sprechen. Es gibt eine Vielzahl von Hilfsangeboten, bei denen du – auch anonym – mit anderen Menschen über deine Gedanken sprechen kannst. Das geht telefonisch, im Chat, per Mail oder persönlich

Die TelefonSeelsorge®

ist anonym, kostenlos und rund um die Uhr erreichbar. Die Telefonnummern sind

0 800 / 111 0 111 und
0 800 / 111 0 222.

Der Anruf bei der Telefonseelsorge ist nicht nur kostenfrei, er taucht auch nicht auf der Telefonrechnung auf, ebenso nicht im Einzelverbindungsnachweis.

Hilfe-Chats

Ebenfalls von der Telefonseelsorge kommt das Angebot eines Hilfe-Chats. Die Anmeldung erfolgt auf der Website der Telefonseelsorge. Den Chatraum kann man auch ohne vereinbarten Termin betreten. Sollte kein Berater frei sein, klappt es in jedem Fall mit einem gebuchten Termin.

Zur Webseite

E-Mail-Beratung

Das dritte Angebot der Telefonseelsorge ist die Möglichkeit der E-Mail-Beratung. Auf der Seite der Telefonseelsorge meldest du dich an und du kannst deine Nachrichten schreiben und die Antworten der Berater lesen. So taucht der E-Mail-Verkehr nicht in deinen normalen Postfächern auf.

.

Zur Webseite

Auf Zuhör-Tour in Kirchhundem

Es war eine schöne Veranstaltung in Würdinghausen: Der SPD-Ortsverein Kirchhundem hatte mich Anfang Juli dort begrüßt und wir trafen uns in der Pizzeria zu einem offenen und lockeren Gespräch über die aktuelle Politik.

Das vorgesehene Programm wurde von den damals aktuellen Ereignissen um das neue Heizungsgesetz überlagert. Ich wurde gefragt, wie das neue Gesetz aussieht und was es für die Bürgerinnen und Bürger bedeutet. Insgesamt war es ein ganzes Potpourri an Themen, die wir ansprachen und diskutierten. Ob Krankenhausfinanzierungsgesetz, Inflation, Pflegereform, der andauernde Ukraine-Krieg, die Flüchtlings- und Migrationspolitik oder Aufschlag unseres Genossen und Bundesarbeitsminister Hubertus Heil zur Erhöhung des Mindestlohns auf 14 Euro: Die aktuellen Themen sind heute sehr vielfältig und komplex.

Interessant auch der Rückblick, durch welche Krisen die Sozialdemokratie mittlerweile hindurchgekommen ist, zusammen in der Ampelkoalition, auch wenn es in dieser gelegentlich etwas zu schrill knirscht. Leider stellt sich dieses (noch) nicht in den Wählerstimmen dar. Da haben wir noch viel zu tun. Aber in einem bin ich mir ganz sicher: Die SPD bleibt mit ihrem „wir lassen Niemanden zurück“ gegen den Rechtsruck in der Gesellschaft standhaft.

Berichte über die Parlamentsbesichtigungsfahrt rundeten den schönen Abend ab. Es wurden auch weitere Initiativen angeregt, wie zum Beispiel ein Sommerfest im Juli/August und die Fortführung der SPD-Zuhör-Tour. Wir sind und bleiben eine lebendige Partei!

Das DRK-Mehrgenerationenhaus in Olpe ist wichtig für Solidarität und Gemeinschaft

Als Schirmherrin des DRK-Mehrgenerationenhauses in Olpe habe ich mich sehr gerne zum Austauschtermin mit dem Leiter des Hauses Herrn Jörg Boenig bei Kaffee und herrlich duftendem Hefezopf getroffen.

Das Mehrgenerationenhaus (MGH) in Olpe ist ein wichtiges Forum und eine Begegnungsstätte für Bürgerinnen und Bürger im Kreis. Als wichtige soziale Einrichtung haben sie Angebote, Informationsveranstaltungen und Kurse für Jung und Alt, für Einheimische und Zugewanderte sowie für Menschen mit und ohne Behinderung. Kurzum für alle. So leistet das MGH einen wichtigen Beitrag für Solidarität und Gemeinschaft. Zudem bietet es einer Vielzahl von Selbsthilfegruppen ein Zuhause.

Jörg Boenig, der im vergangenen Oktober die Geschäftsführung mit viel Elan übernommen hat, hat mir im Rahmen des Gesprächs viele wichtige Aspekte über das „Haus der Begegnung" und über aktuelle Projekte geschildert. Ein besonderes dieser Projekte ist das Digital-Café für Seniorinnen und Senioren. In diesem Kurs wird den Teilnehmenden praktisches Wissen zu PCs, Smartphones, Tablets, Internet und über soziale Netzwerke vermittelt. Die Digitalisierung ist ein wichtiges Thema für Seniorinnen und Senioren. Daher werden die Kurse im MGH gerne von ihnen wahrgenommen, um sich in der immer digitaler werdenden Alltagswelt besser zurechtzufinden.

Die Projekte der BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen – vertritt die Interessen der älteren Generationen in Deutschland und wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert. Mehr Infos auf der BAGSO-Homepage.

Das Digital-Café findet jeden zweiten Freitag ab 15:00 Uhr im MGH Olpe statt. Bei Fragen rund um das Thema oder Angebot, gerne unter der Rufnummer: 02761 2643 des MGH Olpe melden.
Digitalpakt Alter

Anpacken bei der Tafel in Lüdenscheid

Zu einem arbeitsreichen, aber sehr interessanten Besuch durfte ich zu Gast bei der Tafel in Lüdenscheid sein.

Denn ich wollte mich nicht nur über die Situation der Tafel und die Arbeit der Ehrenamtlichen informieren, sondern auch tatkräftig mithelfen. Begrüßt wurde ich herzlich von der zweiten Vorsitzenden der Lüdenscheider Tafel, Hanni Bethke, und einigen Helfern der Tafel. Mit Handschuhen und der Schürze mit dem Tafel-Logo ausgestattet, durfte ich gleich mit anpacken. Nach einer kurzen Einweisung habe ich gemeinsam mit den anderen Helfern die Kisten mit Lebensmitteln für die wartenden Menschen zusammengestellt.

Nachdem die sich am Schalter am Eingang ausgewiesen hatten, gab es die Info für die Helfer im Hintergrund: Für wie viele Menschen sollen Lebensmittel gepackt werden? Sind darunter Vegetarier oder Veganer? Darf Schweinefleisch mit in die Kiste? So informiert wurden im Hintergrund die „Pakete“ zusammengestellt.

Das wird aber in der letzten Zeit zunehmend schwieriger für das Team der Tafel. Hohe Energie- und Spritkosten und eine nachlassende Menge an Lebensmittelspenden zwangen die Lüdenscheider kürzlich dazu, die Ausgabe nur noch alle drei Wochen anzubieten. „Wenn wir den Zeitraum nicht vergrößert hätten, hätten wir einen Aufnahmestopp verhängen müssen – und das wollten wir einfach nicht“, so Hanni Bethke. Über dieses und viele andere Themen tauschte ich mich vor Ort mit den Lüdenscheidern aus – vor und nach der Ausgabe.

Mir ist es wichtig, nicht nur mit den Ehrenamtlichen über ihre Arbeit zu reden, sondern sie auch praktisch zu erfahren. Ich bin froh und dankbar, dass sich so viele Menschen in meinem Wahlkreis für die Tafel einsetzen.

Trotz vieler Freiwilliger ist die Tafel aber noch auf der Suche nach Fahrern, die mit den Tafel-Fahrzeugen die Lebensmittel bei den Supermärkten abholen. Geldspenden auf das Tafel-Konto sind ebenfalls willkommen (IBAN DE47 4585 0005 0000 1478 50).

Kinderhospizarbeit: Pflegekräftemangel und Finanzierung im Mittelpunkt

Fotos © DKHV e.V.

Zum zweiten Mal besuchte ich das Haus der Kinderhospizarbeit in der Olper Trift. Und das sehr gerne! Ich bin tief beeindruckt von der Arbeit des Deutschen Kinderhospizvereins (DKHV e. V.) und sprach gemeinsam mit Geschäftsführer Marcel Globisch und Thorsten Hillmann, Leiter der Deutschen Kinderhospizakademie, über die besonderen Herausforderungen.

Kaum angekommen, fiel mein Blick will sofort auf das kunterbunte, fast künstlerische Farbquadrat im Eingangsbereich. Und ich war sehr beeindruckt – ist dieses doch im Rahmen einer Selbsthilfeklausur der Eltern entstanden, wie mir Marcel Globisch sagte. Es zeigt bildhaft Ergebnisse, Gedanken, Impulse Wünsche und Handlungsempfehlungen lebensverkürzend erkrankter oder bereits verstorbener Kinder – auch an die Politik!

Gemeinsam diskutierten wir die besonderen Herausforderungen der Familien. Im Fokus stand auch hier das Thema „Pflege“ mit dem Stichwort „Fachkräftemangel“: Dieser stellt auch besonders Familien und junge Menschen mit lebensverkürzender Erkrankung vor große Herausforderungen in ihrem Lebensalltag.

Ausführlich diskutiert wurde auch die schwierige Aufgabe der Finanzierung in der Kinder- und Jugendhospizarbeit. Marcel Globisch und Thorsten Hillmann gaben mir die politischen Forderungen des DKHV e. V mit auf den Weg nach Berlin. Für die ich mich herzlich gerne stark machen werde.

Die geballte Expertise des DKHV schätze ich zutiefst und bin stolz, dass wir diese in meinem Wahlkreis haben. Dies zeigt sich vorbildlich auch in dem „Handbuch der Kinder- und Jugendhospizarbeit“, das sich zu einem 750-Seiten-Standardwerk entwickelt hat und alles Wissen von betroffenen Familien, Beschäftigten und Fachleuten vereint. Chapeau!

Eine ganze Branche im Umbruch

Austausch mit dem Hotel- und Gaststättenverband

Auch in meiner Funktion als Kreisverbandsvorsitzende hatte ich kürzlich die Gelegenheit, mich mit Vertreterinnen und Vertretern des Hotel- und Gaststättenverbandes aus unserer Region auszutauschen. Neben Lars Martin, der als Geschäftsführer des DEHOGA Südwestfalen an dem Gespräch teilnahm, waren auch die heimischen Gastronomen Kathrin Morsch (STEINHOFF) und Norbert Luke (Landgasthof Roscheid) dabei. Wir hatten eine gute, aber auch intensive Diskussion über die aktuellen Herausforderungen der Gastronomie, denn die multiplen Krisen der vergangenen Jahre machen auch vor dem Gastgewerbe nicht halt.

Neben den Auswirkungen der COVID-19 Pandemie auf die Branche, wurden auch Aspekte wie die gestiegenen Preise durch die Inflation, die man nicht 1:1 an die Kunden weitergeben will und kann, oder auch der Mangel an Arbeitskräften und das geänderte Konsumverhalten der Gäste miteinander besprochen. Wo der Gast vor der Pandemie noch durchschnittlich alle 14 Tage kam, sind es nun eher drei Wochen, die zwischen zwei Besuchen vergehen. In vielen Fällen, beschränke sich die Bestellung nun auch eher auf Hauptgerichte, während Vorspeise und Dessert spürbar seltener geordert würden. Die Branchenvertreter wünschten sich von der Politik, dass bürokratische Hürden abgebaut werden und Qualitätsstandards über verpflichtende Qualifikationen geschaffen werden. Im Fokus stand ebenfalls die Entfristung der abgesenkten Mehrwertsteuer auf Speisen, da ansonsten weitere Preissteigerungen nötig wären. Dies würde sich dann belastend auf ohnehin rückläufige Gästezahlen auswirken.

Jedoch tauschten wir uns nicht nur über aktuelle Problematiken aus, sondern es gab auch Lob für das politische Krisenmanagement während der pandemiebedingten Schließungen. Es wurde hervorgehoben, wie gut insbesondere das Instrument der Überbrückungshilfe den gastronomischen Betrieben über die COVID-Hochphase geholfen hat. Auch das Kurzarbeitergeld und kommunale Maßnahmen, wie z.B. die kostenfreie Ausweitung der Sondernutzflächen, wurden sehr positiv bewertet. Darüber hinaus zeigte man sich zufrieden mit den neuen Regelungen, die die Ampel zur Fachkräfteeinwanderung und zum Chancenaufenthaltsrecht geschaffen hat.

Lars Martin (r.), stv. Hauptgeschäftsführer von DEHOGA, war zusammen mit Norbert Luke (2. v. l.) vom Landgasthof Hof Roscheid und Frau Mosch (3. v. l.) vom Hotel Steinhoff zu Gast im SPD-Parteibüro in Olpe.

Ich stellte heraus, wie wichtig die Gastronomie für die Wirtschaft, aber auch als gesellschaftlicher und kultureller Austauschort ist. Insbesondere für die psychische Gesundheit leistet die Branche damit einen wichtigen Beitrag. Es braucht in Bezug auf aktuelle Herausforderungen eine Transformation des Gastgewerbes, die wir als Politik in Europa, Bund, Land und Kommune begleiten müssen. Als Bundestagsabgeordnete aus unserem schönen Sauerland werde ich mich auf der Ebene des Bundes für entsprechende Rahmenbedingungen einsetzen. Wir haben vereinbart, über die angesprochenen Themen im Gespräch zu bleiben.

In den Kommunen schlägt das Herz der Politik!

40. Biggeseefahrt der SGK

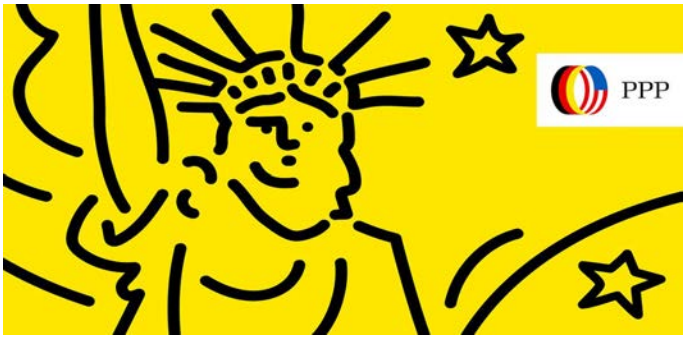
Endlich war es wieder soweit: Nach einigen pandemiegeschuldeten Jahren Pause fand erstmals wieder die traditionelle Biggeseefahrt der SGK-Kreisverbände Siegen-Wittgenstein und Olpe mit der Personenschifffahrt Biggesee statt. SGK steht für „Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik". Erfreulich viele Mitglieder ließen es sich nicht nehmen, bei bestem Wetter die Gelegenheit zu nutzen, mit aktuellen, aber auch ehemaligen Abgeordneten und Bürgermeistern aus der Region ins Gespräch zu kommen.

So folgten mehr als 70 SPD-Kommunalpolitikerinnen und -politiker aus den Kreisen Olpe und Siegen-Wittgenstein und der Region Südwestfalen der Einladung zur traditionellen Biggeseefahrt. Bereits seit den 70er-Jahren gibt es diese jährliche Fahrt auf dem Biggesee. Zudem war die diesjährige Fahrt eine besondere: Die SGK-Fahrt fand bereits zum 40. Mal statt. Darauf wurde auch entsprechend angestoßen. Das zeigt auch: in den Kommunen und Gemeinden schlägt das Herz der Politik! Und ich freue mich schon auf das nächste Jahr!

Eine besondere Info zu Schluss: Mit der MS Westfalen der Personenschifffahrt Biggesee ist Europas größtes vollelektrisch betriebenes Fahrgastschiff auf dem Biggesee sauber, leise und CO2-neutral unterwegs. Auch das zeigt: Innovationen sind in unserer Region gut aufgehoben!

Gesucht: Gastfamilien für amerikanische PPP-Stipendiaten

Fotos AdobeStock_541058417



Das Austausch-Programm des Bundestages mit dem amerikanischen Kongress, ist einzigartig. Es macht seit mittlerweile vier Jahrzehnten junge Menschen zu Botschafterinnen und Botschaftern und verbindet unsere beiden Länder. Nicht zuletzt ist es den vielen Gastfamilien in den USA und hier in Deutschland zu verdanken, dass über 30.000 Schülerinnen, Schüler und junge Berufstätige jeweils ein Jahr im anderen Land verbringen konnten.

Jedes Jahr kommen im August 350 junge Amerikanerinnen und Amerikaner mit dem Parlamentarischen Patenschafts-Programm (PPP) für ca. elf Monate nach Deutschland. Bei Ankunft in Deutschland besuchen die jungen Gäste einen Sprachkurs und reisen dann ab September zu den Gasteltern weiter.

Jedes Jahr sind viele Familien bereit, diese jungen Menschen in ihrem Haus aufzunehmen. Es werden aber auch jedes Jahr neue Gastfamilien gesucht, insbesondere für die Schülerinnen und Schüler des Programms. Das Programm ist so angelegt, dass die Aufnahme des Gastkindes ehrenamtlich erfolgt. Es gibt einen Energiekostenzuschuss in Höhe von 80 Euro monatlich.

Habt ihr ein freies Bett zu Hause und etwas Platz, um einen jungen Menschen als weiteres Familienmitglied auf Zeit aufzunehmen? Wollen ihr den „American Way of Life“ zuhause kennenlernen?

Dann werdet Gastmutter, Gastvater, Gastfamilie, allein, zu zweit, zu dritt, in der Stadt oder auf dem Land. So könnt auch ihr als PPP-Botschafterin oder -Botschafter dazu beitragen, dass dieses Programm die Menschen in Deutschland und in den USA zusammenführt.

In diesem Jahr haben sich hier in Deutschland leider deutlich weniger Familien als gewöhnlich gemeldet, um als Gastfamilie eine PPP-Stipendiatin oder einen PPP-Stipendiaten in ihrem Heim aufzunehmen.

Habt ihr Lust und die Möglichkeit, euch als Gastfamilie zu melden? Dann schreibt mir eine E-Mail an nezahat.baradari@bundestag.de, und wir leiten euer Interesse weiter.

Weitere Informationen gibt es auf der Internetseite des Deutschen Bundestages,